

NEIN!-Idee Deutschland: Wer arbeitet und finanziert, ist legitimiert zu entscheiden

Die Tendenz herrschender Eliten, das beherrschte Volk zu übergehen, um eigene Pfründe zu wahren, ist ein Kennzeichen der meisten Staaten auf diesem Planeten. Die NEIN!-Idee Deutschland wurde als politische Partei gegründet, um Mandatsträgern die Chance zu geben, immer wieder mit NEIN! zu stimmen, damit etablierte Parteien in Regierung und Opposition zu konstruktiver Politik bewegt werden. Im Deutschen Bundestag ist die freie Entscheidungsbefugnis der Abgeordneten durch den Fraktionszwang ausgehebelt worden. Wer sich diesem Zwang entzieht, beendet seine politische Karriere mit einer verlässlichen Sicherheit. Peter Ziemann:

'Jeder, der das Offensichtliche kritisiert, wird zum Staatsfeind. ... Je schneller wir uns in Richtung Abgrund beim Thema Sozialstaat, Papier-Geldsystem und Wählerkauf-Demokratie nähern, desto diktatorischer werden die Reaktionen derjenigen, die das derzeitige kranke System noch möglichst lange am Leben erhalten sehen wollen. Man darf jedoch nicht den Fehler machen, wie es Jens Weidmann gestern gemacht hat: Das Thema Ende des Papier-Geldsystems isoliert zu betrachten. Denn ein Untergang des FIAT-Moneys wird gleichzeitig auch den Sozialstaat und die Wählerkauf-Demokratie pulverisieren. Von diesem Konstrukt werden nur zehn Prozent (des heutigen Umfangs) übrigbleiben – und das ist bereits eine optimistische Schätzung.' [1]

Taten sprechen lauter als Worte

Wenn beklagt wird, Politiker kommunizierten schlecht zugunsten der Europäischen Union und des Euro, dann ist das Ergebnis einer aktuellen Studie das Eingeständnis, dass Politiker etablierter Parteien nicht gut genug lügen. Bei der Einführung des Euro gab es keine Volksentscheid und bei der Abstimmung des Deutschen Bundestages zugunsten des Europäischen Stabilitätsmechanismus wurden die Wähler erneut nicht befragt. Trotzdem wirken sich beide Entscheidungen auf das wirtschaftliche Wohl aller Menschen aus, die mit dem Euro wirtschaften. Solche weit tragenden Entscheidungen zu treffen, ohne die Wahlberechtigten zu fragen, verhöhnt Steuerzahler und alle anderen Menschen, die durch die schwindende Kaufkraft des Euro wachsende Verluste hinnehmen müssen, die nicht ausgeglichen werden können. Der Hinweis, Menschen in Polen und Frankreich sähen mehr Vorteile im Euro und in der Europäischen Union als Menschen in Deutschland, ist eine weitere Verhöhnung des Deutschen Volkes, das innerhalb der Europäischen Union zweifelsfrei der Nettozahler ist, der die grössten Aufwendungen leistet. [2]

Auswirkungen aus der Finanzwelt

Zwischen Politik und Finanzwelt ist es zu unseligen Verquickungen gekommen. Die offensichtlichen Folgen sind die finanzielle Ausbeutung der meisten Menschen zugunsten vom Staat Alimentierter und zugunsten von Finanztransaktionen begünstigter Personen. Die Schere zwischen arm und superreich geht immer weiter auseinander. Es besteht eine Machtlosigkeit des Einzelnen gegen die Einflussnahme von Banken und Konzernen auf vielerlei Umverteilungen innerhalb der europäischen Wirtschaft. Lobbyismus wird akzeptiert, während Volksentscheide zu lebenswichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen sind. Lobbyismus ist der Grund für große finanzielle Ungleichgewichte. Inflation trifft die am stärksten, deren Einkommen gering ausfällt. Wenn führende und populäre Bankangestellte das unlimitierte Geldverleihen der Europäischen Zentralbank begrüßen, dann streuen sie Sand in die Augen ihrer Bankkunden. [3] Das ungedeckte Vermehren der Geldmengen in europäischen Staaten durch Zentralbanken beendet keineswegs die Verschuldung der Staaten, sondern fördert noch die Kreditgeschäfte von Geldverleihern, die bereits kriminelle Ausmaße angenommen haben. [4] Die deutsche Bundesregierung wurde ab dem Jahr 1952 verleitet, Schulden im Bundeshaushalt auszuweisen mit der Folge, dass im Jahr 2012 die Schuld untilgbar geworden ist. Das Schneeballsystem der Behörden und Banken kommt zu einem Zeitpunkt zum Erliegen, wenn niemand damit rechnet. Geschützt sind nur die Menschen, die nicht in diese imaginären



Wer finanziert, soll auch entscheiden

Papierwerte und in den ungedeckten Euro investieren, weil sie die Lügen der Politik und der Finanzwelt durchschaut haben. Der Euro ist kein Geld, sondern lediglich ein Zahlungsmittel, das zu drucken und zu prägen den europäischen Staaten vorbehalten ist, die dem Euro angeschlossen sind. Derzeit haben nur Gold und Silber die Qualität von Geld. Dieser Umstand begleitet die Menschheit seit Jahrtausenden unverändert. Aufgrund der vorherrschenden Propagandalügen reagieren nur ganz wenige Menschen. Bis zum bitteren Erwachen nehmen sie alles hin, was ihnen geboten wird und ziehen nichts in Frage. Was geschehen wird, wenn die Stimmung umschlägt, kann heute, am 20. September 2012, kein Mensch mit Sicherheit behaupten. Niemand weiss es.

Ein mutiger liberaler NEIN-Sager

Frank Schäffler, MdB, am 29. September 2011 vor dem Deutschen Bundestag: 'Angst war zwar schon immer ein schlechter Ratgeber, aber mit Angst wird seit dem Herbst 2007 eine Politik gemacht, die Recht und Freiheit schleift. Sie fördert die Angst vor dem Zusammenbruch unseres Finanzsystems. Das vereinte Europa ist von seinen Gründungsvätern als ein Hort der Freiheit gegen alle Formen von Diktatur, Unfreiheit und Planwirtschaft erträumt worden. Das heutige Europa ist auf dem Weg in die monetäre Planwirtschaft und den politischen Zentralismus. Und wir sind auf diesem Weg in die Knechtschaft, weil wir uns durch die Angst vor einem Zusammenbruch unseres Finanzsystems erpressen lassen. Die Gründungsväter Europas wollten ein Europa des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit. Die heutigen Regierungen des Euroraums, die EU-Kommission und die Zentralbank verabreden sich hingegen wiederholt zum kollektiven Rechtsbruch, obwohl die EU-Kommission als Hüterin der Verträge und die nationalen Regierungen zum Schutz des Rechts verpflichtet sind. Sie nutzen die Angst vor einem Zusammenbruch des Finanzsystems, um Europa in eine neue Stufe des Zentralismus zu führen. ... Ich werde daher gegen den Gesetzentwurf stimmen.' [5]

Steilvorlage für die NEIN!-Idee

Wie aus den Einzelheiten auf www.nein-Idee.de leicht zu erkennen ist, bewegt sich der Bundespräsident 'in diesem unserem Lande' auf einem schmalen Grat zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wie lange dauert es, bis das Stahlseil dieses Seiltänzers reißt? Niemand weiß es. Er ist sicherlich guten Willens und aus tiefem Herzen motiviert. Das haben evangelische Geistliche im Blut. Sie sagen JA und AMEN zu allem, was opportun ist auf dem Weg zur Neuen-Welt-Ordnung. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich eindeutig auf dem evangelischen Kirchentag am 4. Juni 2011. Doch im politischen Alltag geht es um pragmatische Entscheidungen, die oft ein NEIN erfordern, weil die Dinge 'in diesem unserem Lande' schon seit 1952 nicht mehr zum Besten stehen. Damals wurde es Mode, den Bundeshaushalt aus ideologischen Gründen durch unsinnige Schulden zu belasten. Der von Altbundespräsident Roman Herzog angemahnte Ruck ist immer noch nicht durch Deutschland gegangen. Wo bleibt er nur? Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist die BRD nicht erst seit 2012 pleite. Den Staatsbankrott und die Währungsreform mit Enteignung der Sparer und Zwangsanleihen für Immobilieneigentümer dank Zensus 2011 dürfen die Spatzen seit Monaten von den Dächern pfeifen. Alles geplant, oder was?

Quellen:

- [1] www.bullioner.de/ziemann.php/goldnews/20120919Erkenntnisse_eines_US-Praesidentschafts-Kandidaten.htm
- [2] www.presstext.com/news/20120917016
- [3] www.wallstreet-online.de/nachricht/5004548-deutsche-bank-chef-jain-inflation-preis-europa
- [4] www.dzig.de/Jens-Weidmann-heuchelt-Hartgeld-com-Leser-DT-deckt-auf
- [5] www.youtube.com/watch?v=UNaLjzBvpc

Über die NEIN!-Idee

Die am 1. April 2012 in Deutschland als politische Partei gegründete NEIN!-Idee gibt Nichtwählern und Politikverdrossenen eine gleichberechtigte Wahlstimme. Der Antrag auf Anerkennung als Bundespartei wurde beim Bundeswahlleiter gestellt. Die NEIN!-Idee ist aufrichtig, ehrlich und repräsentiert exakten Wählerwillen. Die NEIN!-Idee ist basisdemokratisch und transportiert politische Meinungen und Wählerwillen durch Mandatsträger in die Parlamente und Gemeinderäte. Wähler der NEIN!-Idee geben Nichtwählern eine Stimme ohne Parteiprogramm und ohne Ideologien, frei von Wahlversprechungen und Wahlgeschenken. Bislang waren Nichtwähler weder in den Parlamenten, noch in den Gemeinderäten vertreten. Die NEIN!-Idee ist die einzige Partei, die immer kleiner wird, je mehr politisches Handeln den Interessen von Bürgern dient. Sollte ein Mandatsträger im Namen der NEIN!-Idee eine Entscheidung der übrigen Parteien mittragen, so wird er umgehend aus der Partei ausgeschlossen. Ausgenommen sind Abstimmungen, die Bürgern Entscheidungsgewalt übertragen.

Parteikontakt



NEIN!-Idee
Michael König
Teichstraße 1a
21698 Harsefeld
Deutschland
Fon 04164 50 9724
Fax 04164 88 9329
Kontakt at nein-idee.de
www.nein-idee.de

Pressekontakt

publicEffect.com

Hans Kolpak
Fabrikstraße 2
66981 Münchweiler a.d.R.
Deutschland
Fon 06395 910 8010
Hans.Kolpak at NEIN-
Idee.be
www.NEIN-Idee.be